

1 **Gentechnik – eine Chance für die Umwelt**

2 Seit 2012 werden in Deutschland keine gentechnisch veränderten Pflanzen kommerziell angebaut,
3 während konventionelle Züchtung betrieben wird und erlaubt ist. Unter konventionelle Züchtung
4 fallen in Deutschland nicht nur die Kreuzungszüchtungen, sondern auch durch Mutagenese
5 veränderte Pflanzen. Mutagenese beinhaltet durch mutagene Einflüsse, z.B. radioaktive Strahlung,
6 erzeugte Mutationen im pflanzlichen Genom, die nicht gezielt und wenig kontrollierbar sind. Diese
7 Technik ist in der Pflanzenzüchtung weit verbreitet und von großer Bedeutung.

8 Dagegen gelten Pflanzen, die durch gezielte Eingriffe ins Erbgut verändert wurden als
9 gentechnisch veränderte Organismen. Wird Fremd-DNA, also Gene anderer Organismen, in das
10 Genom der Pflanze eingebracht, handelt es sich um transgene Pflanzen. Nicht-transgene Pflanzen,
11 die durch genome editing verändert wurden, können von konventionell gezüchteten Pflanzen
12 molekularbiologisch nicht unterschieden werden.

13 Die Anwendung von Gentechnik bietet ein großes Potential. Unter anderem kann der Einsatz von
14 Spritzmitteln deutlich verringert werden, da Pflanzen durch Gentechnik resistenter gegen
15 Schädlinge werden können. Weiterhin können Pflanzen Resistenzen gegen verschiedene
16 Umwelteinflüsse erhalten, sodass sie beispielsweise weniger Bewässerung benötigen.

17 Deshalb sieht die Junge Union Stormarn Gentechnik gerade im Hinblick auf den Klimawandel als
18 große Chance und fordert, das Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen zu lockern.
19 Gentechnisch veränderte Pflanzen sollen selbstverständlich ein umfangreiches
20 Zulassungsverfahren, das auf Unbedenklichkeit prüft, wie es in anderen EU-Staaten bereits üblich
21 ist. Dieses Zulassungsverfahren soll auch auf mutagenetisch gezüchtete Pflanzen angewandt
22 werden. Zugelassene gentechnisch veränderte Nutzpflanzen, die in der Natur keine
23 Kreuzungspartner haben, sollen in der Landwirtschaft eingesetzt werden dürfen. Bei vorhandenen
24 Kreuzungspartnern in der Natur ist eine weitreichende Prüfung der Auswirkungen bei Ausbreitung
25 in die Wildnis, besonders im Hinblick auf Selektionsvor- und nachteile, im Rahmen des
26 Zulassungsverfahrens notwendig. Gegebenenfalls sollen diese Pflanzen auch eingesetzt werden
27 dürfen. Dies soll sich nicht auf transgene Pflanzen, die Kreuzungspartner in der freien Natur haben,
28 beziehen.

29 Ein Ziel der Anwendung von Gentechnik muss die Reduktion des Einsatzes von Spritzmittel sein.
30 Somit sieht die Junge Union Stormarn den reinen Einsatz von Gentechnik zur Erzeugung von
31 Spritzmittelresistenzen extrem kritisch und fordert deshalb den Einsatz von Spritzmittel-
32 resistenten, um den übermäßigen Einsatz von Spritzmittel zu ermöglichen (z.B. nach dem Prinzip
33 Round-up-Ready) weiterhin zu verbieten.

34 Bisher widersprechen sich nach den vorhandenen Bio-Richtlinien biologische Landwirtschaft und
35 der Einsatz von Gentechnik. Eines der Ziele der biologischen Landwirtschaft ist aber die
36 Verminderung des Einsatzes von synthetischen Spritzmitteln ist, wozu die Gentechnik einen
37 großen Beitrag dazu leisten kann. Derzeit werden zum Ersatz von synthetischen Spritzmitteln
38 häufig andere Spritzmittel (wie beispielsweise Kupfersalze) eingesetzt, die ebenfalls toxisch sein
39 können. Aus diesem Grund fordert die Junge Union Stormarn die Richtlinien entsprechend
40 anzupassen und auch gentechnisch veränderte Pflanzen im Rahmen der biologischen
41 Landwirtschaft zu erlauben, sofern die Veränderungen anderen Bio-Richtlinien nicht
42 widersprechen.

43 Wenn Deutschland die ethischen Grundsätze der Forschung und des Einsatzes von Gentechnik
44 mitbestimmen möchte, dann muss auch die Forschung von deutscher Seite mitgestaltet werden.
45 Die Junge Union Stormarn fordert daher auch in Deutschland Freifeldversuche zu erlauben,
46 selbstverständlich im geschützten Rahmen.

47 **Die Junge Union Stormarn fordert:**

- 48 • den Einsatz gentechnisch veränderter Nutzpflanzen im Rahmen der Landwirtschaft
49 grundsätzlich zu erlauben, sofern diese die entsprechenden Zulassungsverfahren
50 durchlaufen haben.
- 51 • mutagenetisch gezüchtete Pflanzen demselben Zulassungsverfahren zu unterziehen, wie
52 gentechnisch veränderte Nutzpflanzen
- 53 • zugelassene gentechnische veränderte Nutzpflanzen, die in der Natur keine
54 Kreuzungspartner haben für den Einsatz in der Landwirtschaft zu erlauben.
- 55 • nicht-transgene Nutzpflanzen mit Kreuzungspartnern in der Natur bei einem
56 entsprechenden Ergebnis des Zulassungsverfahrens auch für die Landwirtschaft zu
57 erlauben
- 58 • den Einsatz von transgenen Pflanzen mit Kreuzungspartnern in der Natur weiterhin zu
59 verbieten.
- 60 • den Einsatz von Gentechnik nur im Sinne der Umweltschonung zuzulassen.
- 61 • Gentechnisch veränderte Ackerpflanzen auch im Rahmen der biologischen Landwirtschaft
62 zu erlauben.
- 63 • Freifeldversuche an gentechnisch veränderten Ackerpflanzen auch in Deutschland
64 zuzulassen

1 **Wildbrücke über die A 1 im Kreis Stormarn**

2 **Die Junge Union Stormarn fordert:**

- 3 • Sichere Überquerungsmöglichkeiten für Wildtiere über die Autobahn A 1
- 4 • Dadurch eine Reduzierung der Wildunfälle
- 5 • Dadurch genetischer Austausch der Wildtiere erhalten

6 **Begründung:**

7 Untersuchungen haben ergeben, dass durch den Kreis Stormarn zwei Wanderachsen für
8 freilebende Tiere in Richtung Norden führen.

9 Für viele Tiere ist die Autobahnen A1 bisher ein unüberwindliches Hindernis. Während über die A
10 24 bei Gudow im Kreis Herzogtum Lauenburg inzwischen eine Wildbrücke gebaut wurde, fehlt
11 diese Querung für die A 1 noch immer.

12 Der entscheidende Grund, warum es bisher noch keine Wildbrücke über die A 1 zwischen Hamburg
13 und Lübeck gibt, ist, dass diese Autobahn bereits in den 30'er Jahren des letzten Jahrhunderts
14 gebaut wurde. Eine Verpflichtung zum Bau von Wildbrücken gab es damals noch nicht. Das Land
15 hat es versäumt Abhilfe zu schaffen und das hat Folgen.

16 1. Folge: Auf der Autobahn A 1 zwischen Hamburg und Lübeck kommt es immer wieder zu
17 schweren Wildunfällen auch mit Todesopfern. Im Jahr 2007 zum Beispiel zählte die Polizei allein
18 auf dem Streckenabschnitt zwischen Ahrensburg und Bargtheide 21 Wildunfälle.

19 2. Folge: Die Populationen dieser Wildtiere verarmen genetisch, da die Tiere derzeit in einem
20 Gebiet gefangen sind und sich nicht mehr austauschen können. Auch dies ist ein wichtiges
21 Argument für den Bau einer Grünbrücke über die A 1.

22 Eine Querung der A 1 bei der Raststätte Buddikate, wäre die optimale Lösung, da hier eine der
23 beiden Hauptwanderrouen für Großsäuger wie Rot-, Dam- und Schwarzwild verläuft.

24 Als alternative Projekte wären auch noch folgende kostengünstigere Lösungen denkbar:

25 Um- und Ausbau von Rad- und Wanderquerungen über die A 1 im Bereich Großhansdorf und
26 nördlich der B 404 in Richtung Bad Oldesloe und Reinfeld. Auch ein Umbau der Unterführung der
27 A 1 bei Reinfeld wäre denkbar. Dort fließt die Trave unter der Autobahn. Hier könnte man links und
28 rechts der Trave Möglichkeiten schaffen, dass Wildtiere am Wasser entlangwandern. Auch die
29 Fischotterpopulation würde von diesem Wildtunnel profitieren.

1 **Inklusion - ein gemeinsamer Weg**

2 Die Teilhabe am Leben soll für jeden möglich sein. Doch nicht immer ist es machbar und das Beste
3 für den Einzelnen, gerade im Schulalltag, wo die Schulen und Lehrer auf die besonderen
4 Bedürfnisse des Schülers eingehen können. Auch die räumlichen Gegebenheiten sind nicht immer
5 angepasst an die einzelnen Bedürfnisse, was zum einen an dem Ausmaß der Behinderung liegt und
6 zum anderen an dem Denkmalschutz vieler Gebäude, der die Umbaumaßnahmen kaum möglich
7 macht.

8 An dieser Stelle stellt sich die Frage, inwiefern der Denkmalschutz aufrecht erhalten werden soll,
9 wenn inklusiv unterrichtet wird. So ist es wichtig, dass Hürden genommen werden, wie
10 beispielsweise durch einen Fahrstuhleinbau oder die Vergrößerung der Sanitäranlagen. Auch in
11 Kultureinrichtung, wie Schlössern und Museen, die streng denkmalgeschützt sind, sollen einer
12 Prüfung auf Fördermittel für einen barrierefreien Umbau unterliegen. Einen Eingriff, der
13 offensichtlich in den Denkmalschutz des Gebäudes eingreift, lehnen wir hingegen ab.

14 Nur durch diese entsprechenden Maßnahmen ist Inklusion im körperbehinderten Bereich
15 überhaupt möglich. Jedoch hat auch diese Grenzen und Förderschulen werden weiterhin benötigt.
16 Gerade wenn ein Kind mehr als eine Behinderung hat und vermehrten Unterstützungsbedarf
17 benötigt oder stark ausgeprägt körperbehindert ist und viel Liegezeit benötigt, sind Förderzentren
18 unverzichtbar. Da es nur vier spezialisierte Schulzentren gibt und diese mit einer
19 Internatsanbindung, welche ein Stundenlanges pendeln verhindern. Ob ein Schüler ein Kandidat
20 für die Schulzentren ist, entscheidet nicht nur der Schularzt vom Amt, sondern auch die
21 Regelschulen.

22 Zusätzlich gibt es noch Sonderpädagogen für Körperbehinderung, welche die Regelschulen
23 beraten, sowohl was die Umsetzung der Inklusion vor Ort betrifft, als auch über die Umschulung
24 ins Förderzentrum entscheidet. Dafür ist nicht nur das erfolgreiche Verfolgen des Schulstoff
25 wichtig, sondern auch die Integrität in der Klasse. Diese ist nicht immer gegeben.

26 Besonders gegenüber Behinderten tritt Mobbing vermehrt auf, welches manchmal auch einen
27 Schulwechsel in ein Förderzentrum notwendig macht. Um auf dieses Problem aufmerksam zu
28 machen, gibt es in Schleswig-Holstein bereits den Anti-Mobbing-Tag, an denen Schulen freiwillig
29 teilnehmen können. Die Schule kann selbst entscheiden, welche Angebote sie umsetzt. Zudem
30 können die Schulen auch mit den unterschiedlichen Förderzentren kooperieren, welche dabei
31 helfen, die unterschiedlichen Behinderungen nachzuvollziehen. Da jedoch nur ein Bruchteil der
32 Schulen an diesem Tag teilnehmen, fordert die Junge Union Schleswig-Holstein, dass jede Schule
33 bis zu 10. Klasse an dem Anti-Mobbing-Tag mit einer Aktion daran teilnimmt.

34 Um die Inklusion bei körperbehinderten durchführen zu können, benötigen die Schulen jedoch
35 Fachkräfte mit dem Studiengang Körperbehindertenpädagogik. Dieser Studiengang wurde in
36 Schleswig-Holstein abgeschafft und ist nun ausschließlich in Süddeutschland zu studieren. Da aber
37 auch in den nordischen Bundesländern, in denen es den entsprechenden Bedarf gibt, fordert die
38 Junge Union Schleswig-Holstein, dass auch im norddeutschen Raum, im besten Fall Schleswig-
39 Holstein dieser Studiengang eingeführt wird.

40 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher:**

- 41 • Dass die Förderzentren erhalten bleiben und nicht jeder Schüler inklusiv unterrichtet wird.
- 42 • Einen verpflichtenden Anti-Mobbing-Tag in allen Schulen und, dass bis zur 10. Klasse
43 regelmäßig ein Schwerpunkt auf Vielfalt und Inklusion gelegt wird.
- 44 • Die Einführung eines Studiengangs für Körperbehindertenpädagogik in Norddeutschland
- 45 • Eine Reduktion der Hürden beim Denkmalschutz von Schulgebäuden für den Umbau zu
46 barrierefreien Räumlichkeiten
- 47 • Die differenzierte Betrachtung auf Umbau zur Barrierefreiheit von Kultureinrichtungen, bei
48 denen von einem Einriff in den Denkmalschutz abgesehen werden soll

49

50



1 **Ein Umdenken in der Geburtshilfe herbeiführen**

2 In 2018 wurden 787.523 Kinder geboren*. Hebammen tragen einen großen Teil zur Gesundheit der
3 Mutter und ihres Kindes bei und betreuen diese nicht nur während, sondern auch vor und nach der
4 Geburt. Für eine komplikationsfreie Geburt sind sie unerlässlich, ob angestellt in der Klinik oder als
5 freiberufliche Hebamme tätig.

6 Jedes Jahr kommen mehr als 10.000 Kinder in Form von außerklinischen Geburten im gewohnten
7 Umfeld auf die Welt, im Volksmund auch als Hausgeburt bezeichnet. Freiberufliche Hebammen
8 sorgen für eine situationsgerechte Schwangerschafts- und Geburtsbegleitung. Von vielen
9 Hebammen wird diese Art der Geburt als natürlichste Art angesehen, das Kind auf die Welt zu
10 bringen, denn bei 70% der Frauen sind keine medizinischen Eingriffe von Nöten und der
11 Aufenthalt in einem Krankenhaus ist oftmals mit Stress für Mutter und Kind verbunden. Eine
12 „interventionsfreie Geburt“ wird immer stärker diskutiert und in den Mittelpunkt der Debatte
13 gestellt. Nach dem Geburtenreport der TK Krankenkasse sind 90% der Kaiserschnitte psychisch
14 oder relativ indiziert, stellten für die Krankenhäuser jedoch eine höhere Vergütung dar. Eingriffe,
15 die nicht medizinisch indiziert sind, können sich beispielsweise durch Komplikationen oder

16 Störungen im Abheilungsprozess zum Nachteil der Frau entwickeln. Auch eine geringe Zahl an
17 freien Plätzen im Kreissaal und der hohe Betreuungsschlüssel begünstigt den Zwang der schnellen
18 Einleitung einer Geburt.

19 Ein Arzt wird weitaus nicht bei jeder Geburt benötigt, daher hat sich in einigen Krankenhäusern
20 schon das Konzept eines Hebammenkreissaals bewährt, bei denen die Verantwortung und Aufsicht
21 ausschließlich den Hebammen übertragen wird und Ärzte nur in medizinischen Notfällen der
22 Geburt beiwohnen. Dieses Konzept sollte weiterentwickelt und als Vorbild für eine
23 zukunftsorientierte und effiziente Entbindung gesehen werden.

24 Personalmangel stellt ein verbreitetes Problem dar, so ist die freie Arztwahl nach §76 SGB V
25 gesetzlich festgeschrieben, eine freie Hebammenwahl jedoch oftmals nicht realisierbar.

26 Der Berufseinstieg einer Hebamme ist mit einem großen finanziellen Aufwand verbunden, da vor
27 der Berufstätigkeit als freie Hebamme in Vorkasse für eine umfangreiche Haftpflichtversicherung
28 getreten wird. Seit 2015 trägt die Zahlung eines Sicherstellungszuschlages zu einem wachsenden
29 Anteil der freiberuflichen Hebammen bei, dieser wird auch als Haftpflichtausgleich bezeichnet
30 und von dem GKV-Spitzenverband getragen. Ein Großteil der Hebammen beklagt jedoch den, mit
31 dem Abschluss verbundenen, bürokratischen Aufwand der Haftpflichtversicherung. Der
32 Bundesverband der Hebammen bietet eine Gruppenhaftpflicht für Hebammen an, die im
33 Schadensfall und den Aufwand der Hebamme im Einzelnen verringert. Dies kann als Vorbild
34 dienen, das auch weniger vernetzte Hebammen begünstigt.

35 Seit dem 01.01.2019 wird Hebammerei bundesweit als Studiengang angeboten, hierbei heißt es
36 die Akademisierung als Chance zu begreifen. In der Praxis gestaltet sich die Stellendefinition für
37 studierte Hebammen jedoch schwierig, da die Stellenausschreibungen den neuerworbenen
38 Fähigkeiten nicht gerecht werden. Zudem fordert die Junge Union Schleswig-Holstein auch für
39 Hebammen nach herkömmlichen Ausbildungsstand und Berufserfahrung als Übergangsregelung
40 einem, dem Studiengang gleichgestellten Abschluss, zu ermöglichen. Es gilt, die
41 Konkurrenzsituation innerhalb der EU und gegenüber anderen Ländern zu überwinden.

42 Hebammen werden als Interessenvertretung von einzelnen Hebammenverbänden vertreten,
43 oftmals herrscht jedoch nur ein sehr geringer Austausch unter den tätigen Hebammen. Ein
44 gemeinsames und bundesweites Hebammenregister würde eine Vernetzung untereinander
45 vorantreiben und eine flächendeckende Versorgung sicherstellen.

46 Nicht zu vernachlässigen ist die Stellung des Mannes bei der Geburt, dessen Bedürfnisse oft hinten
47 angestellt werden. Doch auch vergleichbare Wochenbettdepressionen können bei Männern
48 auftreten und werden meist gar nicht oder zu spät erkannt. Die Geburt eines Kindes ist oftmals mit

49 einer großen Umstellung verbunden und kurz nach der Geburt ist die schützende Funktion des
50 Mannes für Mutter und Kind gefordert. In einigen Ländern erhalten Männer eine Freistellung kurz
51 vor oder nach der Geburt, um sich in dieser Zeit voll und ganz der Familie zu widmen.

52 Nach der Geburt sind Frauen oftmals mit den nächsten Herausforderungen konfrontiert, das Kind
53 hat mehrere Male am Tag das Bedürfnis gestillt zu werden. In der Öffentlichkeit bietet sich hier
54 jedoch wenig Raum, abgeschirmt von argwöhnigen Blicken der Passanten sind separate ruhige
55 Stillorte einzurichten, an denen sich Mutter und Kind zurückziehen können. Richtungsweisend
56 hierfür ist ein Projekt aus dem Kreis Nordfriesland, bei dem sich insbesondere Restaurants und
57 Cafés selbst als stillfreundlich ausweisen, die einen Rückzugsort für die Mutter und ihr Kind bieten.

58 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher:**

- 59 • Die Förderung von Hausgeburten durch Aufklärung werdender Mütter und eine
60 Ausweisung fester Bezirke, in denen eine vorgegebene Zahl an Hebammen tätig sein muss
- 61 • Eine Anpassung des Vergütungssystems, das die Gesundheit der Mutter und des Kindes in
62 den Vordergrund stellt und die Geburt weniger als eine Krankenbehandlung ansieht
- 63 • Das Konzept von Hebammenkreisläufen als Vorbild zu nehmen und zu fördern
- 64 • Eine Verringerung des Betrages der Haftpflichtversicherung, der in Vorkasse zu leisten ist
65 und eine Entbürokratisierung im Abschluss der Versicherung sowie Förderung der
66 Gruppenhaftpflichtversicherung
- 67 • Die Akademisierung als Chance zu begreifen und eine Übergangsregelung in Form eines
68 alternativen Abschlusses für Hebammen zu schaffen, die ihre Fähigkeiten in Form einer
69 beruflichen Ausbildung erworben haben
- 70 • Die Einrichtung eines bundesweiten Hebammenregisters zur besseren Vernetzung und
71 Orientierung für werdende Mütter
- 72 • Den Mann stärker in den Geburtsprozess einzubinden und Hilfestellungen bieten sowie
73 einen freien Tag nach der Geburt zu ermöglichen
- 74 • Rückzugsorte im öffentlichen Raum für stillende Frauen zu schaffen und diese durch einen
75 freiwilligen Hinweis zu kennzeichnen. Federführend soll dies in Kooperation mit dem
76 Bundesverband der Hebammen erfolgen und beworben werden.

77

1 **Qualifikationsorientierte Gremien- und Stellenvergabe**
2 **– Ablehnung einer Geschlechterquote**

3 Antragsteller: Kreisverband Rendsburg-Eckernförde

4 Frauen stehen heutzutage in der Mitte der Gesellschaft, wie nie zuvor. Sie machen ~50% der
5 deutschen Bevölkerung aus und sind seit der Verabschiedung des „Gesetz über die
6 Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts“, im Mai 1957,
7 weiterer Reformen, die sich bis ins Jahr 1977 zogen und der letztendlichen Grundgesetzänderung
8 des Artikel 3 Absatz 2, im Jahre 1994, auf jeglicher gesetzlichen Ebene, gegenüber Männern,
9 gleichberechtigt.

10 Trotz der gesetzlich festgelegten Gleichstellung sind Frauen heutzutage nicht entsprechend ihre
11 Bevölkerungsanzahl in den Gremien und vor allem in Führungspositionen und Aufsichtsräten von
12 Firmen repräsentiert. So sind heutzutage ungefähr 9% der Personen im Vorstand, der 200 größten
13 Firmen Deutschlands, weiblich.

14 Um diesen Missstand zu beheben werben eine Mehrzahl unterschiedlichster Parteien für eine
15 gesetzliche Frauenquote, welche Unternehmen zwingen würde, dass Vorstände und Aufsichtsräte
16 zu einem bestimmten Prozentsatz aus Frauen bestehen müssten. Diese Gesetzverabschiedung
17 würde jedoch die unternehmerischen Freiheiten untergraben und die Vergesetzlichung der
18 Diskriminierung von Männern bedeuten.

19 Grundsätzlich sollte die Gremien- und Stellenvergabe in Betrieben kompetenzorientiert
20 stattfinden, nach dem Prinzip: „Qualifikation vor Geschlecht“.

21 Eine Geschlechterquote widerspricht den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft. Die
22 Wettbewerbspolitik ist ein Kernelement der Wirtschaftspolitik, die insbesondere nicht nur auf
23 zwischenunternehmerische Ebene, sondern auch auf interunternehmerische Ebene vorhanden ist
24 und auf diese Weise ein Unternehmen stärkt. Die Einführung einer Frauenquote würde nicht nur
25 Frauen bevorzugen, sondern die Freiheiten von Männern einschränken und somit kontraproduktiv
26 für das Unternehmen und einen fairen Wettkampf sein. Sie greift in die Unabhängigkeit von
27 Unternehmen ein, untergräbt dessen Freiheiten und fördert Diskriminierung innerhalb des
28 Unternehmens, aufgrund der Vernachlässigung des Prinzips der Bestenauslese.

29 Qualifikation ist der Schlüsselfaktor für die berufliche Zukunft eines Arbeitnehmers, so ist das
30 Prinzip der Bestenauslese ein wirtschaftlich fundamentaler Aspekt, welcher auch die bestmögliche
31 Zukunft für das Unternehmen garantiert.

32 Die Einführung einer Frauenquote und dessen Ausweitung gehört zu verhindern, denn ohnehin ist
33 eine strukturelle Benachteiligung von Frauen für Firmen ökonomisch sinnfrei. Mit dem Interesse
34 am größtmöglichen Profit, wollen Unternehmen auch die bestqualifizierte Person einstellen,
35 unabhängig von ihrem Geschlecht. Eine Frauenquote würde somit die Unternehmen einschränken
36 und eventuell eine nicht Profit maximierende Möglichkeit für das Unternehmen aufzwingen.

37 So ist die deutsche Wirtschaft geprägt durch die Industrie und den Automobilbau, dennoch sind in
38 diesen Sparten, die Frauenanteile ziemlich gering. Um die Attraktivität von diesen männlich
39 dominierten Berufen zu erhöhen, sollten als Alternative zur Frauenquote, Anreize für Frauen,
40 welche insbesondere auf die grundlegenden Voraussetzungen, den Unterrichts- und
41 Studienfächern, bezogen sein sollten, geschaffen werden. Diese sogenannten MINT-
42 Fächer(Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) stellen die Grundlage für die
43 männlich dominierte Berufswelt und könnten durch Förderprogramme ihren Weg in die weiblich
44 geprägte Berufswelt bahnen.

45 Andersherum sollten jedoch auch die von Männern als unbeliebt und weiblich dominiert
46 angesehenen Unterrichts- und Studienfächer durch Anreize attraktiver gestaltet werden.
47 Insbesondere in dem Bereich Pflege und Gesundheit.

48 **Deshalb fordert die Junge Union Rendsburg-Eckernförde:**

- 49 • Die Ausweitung einer Einführung einer Frauenquote in der deutschen Wirtschaft
50 abzulehnen.
- 51 • Die Schaffung von Anreizen, um Frauen in männlich dominierten Berufen, und Männer in
52 weiblich dominierten Berufen, zu interessieren, durch Förderprogramme.
- 53 • Eine vereinfachte Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch speziell angepasste
54 Arbeitszeitmodelle und erhöhter Flexibilität.

55

1 **Zwischen Landarzt und Telemedizin -**

2 **Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum**

3 Antragsteller: Kreisverband Rendsburg-Eckernförde

4 Immer stärker rückt die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum in den öffentlichen Fokus.
5 Durch den demographischen Wandel sowie die Landflucht haben Institutionen auf dem Land
6 erhebliche Nachwuchsprobleme.

7 Besonders schlimm sind Arztpraxen betroffen, sodass eine flächendeckende Versorgung nicht
8 überall gewährleistet werden kann.

9 Die Gesundheitsversorgung stellt den Kern der Daseinsgrundversorgung dar und ist zwingend
10 abzudecken, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu gewährleisten. So geht es
11 dabei nicht nur um die Notfallversorgung, sondern auch um die generelle ärztliche Versorgung der
12 Landbevölkerung. Da diese zu einem großen Teil aus älteren Menschen besteht, ist die Versorgung
13 von besonderer Bedeutung.

14 Häufig wird über eine Landarztquote diskutiert, um die ärztliche Versorgung auf dem Land
15 darstellen zu können. Diese sieht vor, dass ein Teil der Studienplätze an Personen vergeben
16 werden, die sich dazu verpflichten, später ihr ganzes oder einen Teil ihres Berufslebens auf dem
17 Land zu praktizieren. Zwar könnte hierdurch langfristig die ärztliche Versorgung im ländlichen
18 Raum verbessert werden. Hierbei würden Bewerber eine Chance zum Medizinstudium erhalten,
19 die aus ihrer inneren Überzeugung zur Gesundheitsversorgung beitragen wollen. Jedoch stellen
20 sich hier rechtliche Zweifel, in wie weit ausgebildete Ärzte in Anbetracht der verfassungsrechtlich
21 geschützten Berufs- und Bewegungsfreiheit an diese Verpflichtung wirklich gebunden werden
22 können. Außerdem ist fraglich, ob die Mediziner verpflichtet werden können, bedarfsgerecht
23 eingesetzt zu werden. Aufgrund dessen besteht die Gefahr, dass diese Quote für die ärztliche
24 Versorgung ineffektiv und eine Studienplatzvergabe nach finanziellen Ressourcen durch die
25 Hintertür ist.

26 Zusätzlich muss für eine verbesserte ärztliche Versorgung die Studienplatzzahl bundesweit
27 koordiniert und deutlich erhöht werden.

28 Eine weitere Möglichkeit, um die Niederlassung als Landarzt attraktiver zu gestalten, sind
29 finanzielle Anreize. So können für die Niederlassung im ländlichen Raum einmalige oder
30 dauerhafte pauschale Geldbeiträge ausbezahlt werden und zusätzliche tätigkeitsbezogene
31 Subventionen. Durch diese Maßnahmen werden rechtssichere Anreize geschaffen, die die Tätigkeit
32 als Landarzt zu einem finanziell attraktiver machen und zum anderen langfristig trotz rückläufiger

33 Patientenzahlen im ländlichen Raum eine betriebswirtschaftliche Perspektive bieten. Außerdem
34 können durch die Schaffung von Ärztehäusern im ländlichen Raum Ärzten Festanstellungen
35 angeboten und so gesicherte Lebensverhältnisse geboten werden. Dadurch kann man so die
36 Tätigkeit in Bezug auf die immer wichtiger werdende „Work-Life-Balance“ attraktiver machen.

37 Zusätzlich kann durch eine Stärkung der Verantwortung in den Pflegeberufen und durch den
38 Einsatz von Telemedizin die Versorgung und das ärztliche Personal verbessert werden. Hierbei
39 wird geschultes Personal durch Mediziner über digitale Medien bei der Diagnose sowie
40 Behandlung angeleitet. So werden für unkritische Fälle weniger Ärzte benötigt, sodass die
41 Versorgung insgesamt verbessert wird. Das bayrische Schlaganfallnetzwerk und telemedizinische
42 Reha-Maßnahmen zeigen, dass dieses Konzept zukunftsorientiert ist. Zur weiteren Entwicklung
43 muss die Finanzierung von Telemedizin einheitlich geregelt werden und eine bundesweite
44 Zusammenarbeit bei Telemedizin ermöglicht werden.

45 Ein weiterer wichtiger Bestandteil von Gesundheitsversorgung ist die Geburtshilfe. Gerade für
46 junge Familien im ländlichen Raum ist dies von großer Bedeutung. Insgesamt besteht ein großer
47 Mangel an Hebammen, weil durch hohe Versicherungsbeiträge und wenige abrechenbare
48 Leistungen die Verdienstaussichten schlecht sind. Zusätzlich wird durch die Akademisierung der
49 Ausbildung der Kreis der potentiellen Hebammen verkleinert und gleichzeitig werden höhere
50 Erwartungen an die Verdienstmöglichkeiten generiert. Ein weiteres Problem sind längere
51 Fahrzeiten von Hebammen im ländlichen Raum, welche dennoch pauschal abgerechnet werden.

52 **Deshalb fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:**

- 53 • eine Studienplatzvergabe nach Landarztquote abzulehnen,
- 54 • finanzielle Anreize für Landarztpraxen zu schaffen,
- 55 • eine bundesweite Zusammenarbeit bei Telemedizin,
- 56 • eine einheitliche Finanzierung von Telemedizin,
- 57 • eine Deckelung der Versicherungsbeiträge für Hebammen,
- 58 • eine Akademisierung der Hebammenausbildung abzulehnen,
- 59 • eine Subvention für Hebammen im ländlichen Raum

60

1 Sachantrag zur Rente:

2 Antragsteller: Kreisverband Rendsburg-Eckernförde

3 Bis März 2020 soll die Rentenkommission der Bundesregierung einen Vorschlag erarbeiten, wie die
4 Rente nach 2025 gesichert werden kann. Doch schon bevor diese Kommission die ersten
5 Ergebnisse präsentiert, torpediert die SPD deren Arbeit durch die Forderung nach einer
6 „Grundrente“.

7 Für uns als Vertreter der jungen Generation ist klar, dass es eine Kehrtwende in der deutschen
8 Rentenpolitik geben muss! Es müssen Antworten auf den demographischen Wandel, die steigende
9 Lebenserwartung und höhere Pflegekosten gefunden werden. Es muss ein Konzept erarbeitet
10 werden, das die Interessen aller Generationen berücksichtigt und finanzierbar ist. Dieses sollte von
11 Eigenverantwortung und dem Leistungsgedanken geprägt sein und so in der Kombination mit
12 Solidarität gegenüber den Schwächeren christdemokratischen Grundwerten entsprechen. Wir
13 müssen eine ehrliche Debatte über die Erwirtschaftung der Rente führen.

14 Um dem gerecht werden zu können, müssen auch Menschen, die jünger als der
15 Durchschnittsbürger sind, Teil der Rentenkommission sein.

16 Die Absenkung des Renteneintrittsalters war ein fataler Fehler, der falsche Signale aussendet. Für
17 ein ausfinanziertes Rentenkonzept bedarf es einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit, welche
18 flexibel an die beruflichen und persönlichen Bedingungen angepasst wird. So können weiter
19 Beträge bezahlt und der steigenden Lebenserwartung Rechnung getragen werden. Eine steigende
20 Lebenserwartung bedeutet auch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Auch muss die
21 Möglichkeit der Befreiung von Rentenbeiträgen verschärft werden. Wer Geld verdient, sollte auch
22 von Beginn an für seine Altersvorsorge bezahlen. So werden die Beiträge stabilisiert und dem
23 demographischen Wandel zumindest ein Stück entgegengewirkt.

24 Im Zuge der Rentendebatte muss auch die Mütterrente erneut auf dem Prüfstand. Zweifelsohne ist
25 die Leistung, die eine Mutter bei der Erziehung ihrer Kinder erbringt, nicht zu missachten, aber
26 nach dem aktuellen Verfahren, ist vielen, die sie benötigten, nicht wirklich geholfen. Nach dem
27 Gießkannenprinzip werden unabhängig von der Bedürftigkeit die Gelder verteilt, die zu 40% von
28 den anderen Rentnern getragen werden müssen. Die Mütter, die Grundsicherung beziehen und
29 eigentlich von der Mütterrente deutlich profitieren könnten, bekommen den Betrag angerechnet
30 und haben somit nicht den nötigen Mehrwert, der ihrer Leistung gerecht werden würde. Vielmehr
31 sollte es auch bei der Mütterrente um Bedürftigkeit gehen. Diese Lebensleistung muss bei dem
32 neuerarbeiteten Konzept direkt als Faktor miteinbezogen werden, anstatt im Nachhinein
33 nachzurüsten mit Lösungen, mit denen keinem wirklich geholfen ist.

34 Die Verteilung von Renten-Wahlgeschenken muss endlich aufhören, die SPD-Grundrente ist
35 abzulehnen.

36 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher:**

- 37 • ein Rentenkonzept nach dem Leistungsgedanken und Eigenverantwortlichkeit in
38 Kombination mit Solidarität gegenüber den Schwächeren,
- 39 • die Aufnahme von jungen Menschen in die Rentenkommission,
- 40 • die Erhöhung und Flexibilisierung des Renteneintrittsalters,
- 41 • die Verschärfung der Möglichkeit der Befreiung für Rentenbeiträge,
- 42 • die Überarbeitung und Einbettung der Mütterrente in das neue Rentenkonzept,
- 43 • die Ablehnung der SPD-Grundrente.

1 **Nachhaltigkeit in der Fischerei und Forstwirtschaft garantieren**

2 Antragsteller: JU Schleswig-Flensburg und JU Rendsburg-Eckernförde

3 **Bestände schützen, kleine Fischereien erhalten und Aquakulturen als nachhaltige Alternative** 4 **begreifen**

5 Fischfang hat in Schleswig-Holstein eine lange Tradition und ist für viele Küstenorte weiterhin ein
6 Wirtschaftsfaktor, der das Stadtbild prägt. Die Begrenzung der Fangquoten durch die zuständige
7 Kommission der Europäischen Union stellt dabei den Erhalt der Fischbestände in Nord- und Ostsee
8 sicher. Dabei muss stets zwischen einer Verschärfung der Eingrenzung zur nachhaltigen
9 Entwicklung der Bestände und der Berücksichtigung der Interessen einer kleinteiligen Fischerei
10 abgewogen werden.

11 Ein zentraler Faktor für das wirtschaftliche Bestehen der Fischerei ist eine verlässliche Planbarkeit
12 für ihr Geschäftsmodell. In diesem Kontext sind drastische Reduzierungen der Fangmenge von
13 einem Jahr zum anderen ein wesentliches wirtschaftliches Risiko für die Betriebe. Jedoch ist dies
14 exemplarisch leider bei der Heringfangmenge für die westliche Ostsee aufgetreten: Diese wurde
15 trotz wachsender Bestände um 48% reduziert.

16 Die schleswig-holsteinischen Fischereibetriebe stehen im Wettbewerb mit vielen anderen
17 Fischproduzenten auf der Welt. Fast nirgends jedoch werden so hohe Schutzstandards angewendet
18 wie bei Fischerei- und Fischzuchtbetrieben aus Deutschland. Nur wenn der Konsument die Vorteile
19 in der nachhaltigen Bewirtschaftung und den wesensgerechten Fangmethoden erkennt, wird
20 vermieden, dass Pauschalurteile gegen die Fischerei auch unsere Fischer treffen. Das
21 neugegründete Label „Wir fischen.SH“ ist ein erster Schritt um die Vorzüge lokaler Fischerei dem
22 Verbraucher zu zeigen. Das Konsumentenbewusstsein und die Öffentlichkeitsarbeit in diesem
23 Bereich soll weiter gestärkt werden.

24 Abseits vom Hochseefischfang etabliert sich ein weiterer Wirtschaftszweig, der die Nachfrage an
25 Speisefisch zu decken vermag. Die Fischzucht in Form von Aquakulturen gilt laut BMEL weltweit
26 als am stärksten wachsender Sektor in der Nahrungsmittelproduktion, verzeichnet jedoch in
27 Deutschland eine signifikante Stagnation. Der Aspekt der nachhaltigen Generierung an von
28 Speisefisch in Binnengewässern, Teich- oder Kreislaufanlagen wird hierbei größtenteils außer Acht
29 gelassen, wobei besonders das küstennah gelegene Schleswig-Holstein sehr viel Potential bietet.
30 Im Jahr 2014 wurde der „Nationale Strategieplan Aquakultur“ verabschiedet, auch die Forschung in
31 Schleswig-Holstein zu dem zukunftssträchtigen Sektor vorangetrieben. Jedoch ist seither eine
32 Kollision mit den Interessen der Tourismusbranche und verstärkten Auflagen im Bereich
33 Umweltschutz zu verzeichnen. Bei der, aufgrund integrierter Wasseraufbereitung, Ressourcen

34 schonenden Aquakultur in Form von Kreislaufanlagen stehen Start-Ups meist vor enormen
35 Anschaffungskosten der Systeme, welche vor einer großflächigen Nutzung abschrecken.

36 **Die Junge Union Schleswig-Flensburg und die Junge Union Rendsburg-Eckernförde fordern**
37 **daher:**

- 38 • Die Aspekte nachhaltige Entwicklung der Fischbestände und Erhalt der Fischereistruktur
39 weiterhin als Richtgrößen zur Kontrolle der Fangmengen erhalten.
- 40 • Drastische Reduzierung der Fangmengen zum Schutz der Fischereibetriebe in kurzer Zeit
41 vermeiden.
- 42 • Die Nachhaltigkeit vom Fischfang in Deutschland und Schleswig-Holstein weiter im
43 Bewusstsein der Konsumenten auszubauen.
- 44 • Aquakulturen stärker als nachhaltige Alternative zum Hochseefischfang zu begreifen und
45 die auflagenbedingten Hürden abzubauen
- 46 • Nach dem Vorbild von Norwegen kostenfreie Entwicklungslizenzen für umweltfreundliche
47 Technologieprojekte in Aussicht zu stellen

48 **Mit Aufforstung dem Klimawandel entgegenwirken**

49 Der Klimaschutz ist ein immer größerer Bestandteil der politischen Diskussion. Die Gewissheit,
50 dass durch die nationalen Klimaschutzpläne die Zielsetzung des Pariser Klimabkommens nicht im
51 vollem Maße zu erreichen ist, versetzt die Nationalstaaten in Zugzwang. Hierbei zeichnen sich die
52 aktuellen Lösungsansätze durch restriktive Maßnahmen in Form von Bepreisungen z.B. nach dem
53 Vorbild der Besteuerung von erhöhtem Co2-Ausstoß in Frankreich oder der möglichen Festsetzung
54 von Flugkontingenten aus.

55 Laut einer Studie der ETH Zürich ist jedoch das Pflanzen von Bäumen die effektivste Lösung, den
56 erhöhten CO2-Ausstoß zu kompensieren. Hierbei wurde speziell die Vereinbarkeit von
57 Aufforstung und Flächennutzung durch Wohnraum und landwirtschaftlich genutzten Flächen
58 beachtet, wonach trotz Allem die Aufnahme zwei Drittel der aktuell verursachten klimaschädlichen
59 CO2-Emissionen möglich sei. Natürlich ist nach dieser Theorie eine globale Aufforstungsstrategie
60 unumgänglich, eine positive Resonanz und erste Handlungen seitens der Bundesregierung würden
61 jedoch als Vorbild für andere Nationalstaaten fungieren.

62 Bei einem derzeitigen Waldanteil von 11% in Schleswig-Holstein besteht auch vor Ort
63 Handlungsbedarf, zudem gilt Schleswig-Holstein als Waldärmstes Bundesland. Mit der
64 Aufforstaktion „Einheitsbuddeln“ anlässlich der Feierlichkeit zum Tag der deutschen Einheit setzt
65 Schleswig-Holstein einen Schritt in die richtige Richtung, um mit 40.000 neu gepflanzten Bäumen
66 waldarme Gebiete aufzuforsten. Auch das 2020 auslaufende Landesprogramm ländlicher Raum

67 setzt richtige Signale. Jedoch bedürfen besonders durch Sturm beschädigte Walgebiete schnelle
68 Maßnahmen, hierbei besteht deutlich Handlungsbedarf.

69 Ein intakter Wald zeichnet sich durch stetige und aufwändige Pflege aus, jedoch sind die
70 Zahlen der Nachwuchskräfte in der Forstwirtschaft rückläufig. Ein großes Problem besteht hierbei
71 bei dem Mangel an Ausbildern in diesem Berufszweig, besonders private Waldeigentümer kommen
72 bei einem Anteil von rund 44% Waldfläche nur 5% an bestehenden Ausbildungsverhältnissen nach.

73 **Die Junge Union Schleswig-Flensburg und die Junge Union Rendsburg-Eckernförde fordern**
74 **daher:**

- 75 • Den Klimaschutz rationaler zu sehen und von restriktiven Lösungsansätzen abzulassen,
76 zudem spezifisch eine bundesweite Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln, um in Sachen
77 Nachhaltigkeit eine Vorbildfunktion einzunehmen
- 78 • Aufforstaktion „Einbuddeln“ in Schleswig-Holstein weiter auszubauen und eine schnellere
79 Aufforstung von, aufgrund Sturm beschädigten Waldgebiete, vorantreiben
- 80 • das Landesprogramm ländlicher Raum, auch nach dem Auslaufen 2020 zu verlängern
- 81 • Die Ausbildung in der Forstwirtschaft stärker zu fördern und besonders für private
82 Waldeigentümer Anreize zu schaffen, als Ausbildungsbetrieb zu agieren